

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 25 Pf.; durch die Postämter und die Postbezogen 1,20 Mk., durch den Postboten ins Haus 1,80 Mk. (Eingehemmter 5 Pf.).
Erscheinet wöchentlich 6 mal vormittags halb 9 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Festtagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
essentliches illustriertes Sonntagsblatt mit 14tägiger Modebeilage.
4seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum 8 Pf., für sechs Beilagen 10 Pf., überhalb 15 Pf., vierte Beilage 25 Pf. Resten der Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Anzeigenstellen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte ohne mit Quellenangabe versehen. —
Für ungedruckte Einlagen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 236.

Dienstag den 9. Oktober 1906.

33. Jahrg.

Kaiser und Kanzler.

Die hochinteressanten Aufzeichnungen des dritten Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe aus den Tagen der Entlassung des Alt-Reichskanzlers können den schon aus anderen Quellen gewonnenen Eindruck nur noch verstärken, daß Fürst Bismarck in den beiden letzten Dezennien seiner Reichskanzlerschaft über sein Amt hinaus gewachsen war, daß er der eigentliche Herrscher sein wollte, der allein Ziele und Richtung der deutschen Reichspolitik bestimmte. In den letzten Regierungsjahren Wilhelm I. war jedenfalls von einem maßgebenden Einfluß des Herrschers nicht mehr die Rede gewesen; es hatte sich in dynastischer Beziehung ein Zustand herausgebildet, der bedenklich an Schattensönigum erinnerte. Während der Lebenszeit Kaiser Friedrichs III. war natürlich von einer durchgreifenden Änderung dieses für die Monarchie unerträglichen Zustandes nicht zu denken gewesen; die gegen den Willen Bismarcks erfolgte Entlassung Bismarcks zeigt aber deutlich genug, daß Kaiser Friedrich, wenn ihm Gesundheit und ein längeres Leben beschieden gewesen wäre, die Trennung von Bismarck wahrscheinlich noch schneller vollzogen hätte.

Aus den Erinnerungen des Fürsten Hohenlohe gewinnt man den Eindruck, daß sein Sohn Wilhelm II., dessen hohe Auffassung von dem Beruf eines Herrschers schon vom Beginn seiner Regierungsantritts häufig genug in die Erscheinung getreten war, Bismarck gegenüber doch ein ungenügend hohes Maß von Entgegenkommen und gebührender Nachsicht befehlte hat. Da es richtig ist, daß Bismarck hinter dem Rücken des Kaisers gegen den Dreißiger intriguiert und ein Bündnis mit Rußland angestrebt hat, mag das hingewiesen werden; schon die Tatsache, daß der Kanzler es überhaupt wagen konnte, eine persönliche Politik im Gegensatz zu der offiziell vertretenen zu verfolgen, kennzeichnet am besten die durch die letzten Regierungsjahre Wilhelm I. eingetretene Machtverschiebung zwischen Kaiser und Kanzler. Unter diesen Umständen war ein Konflikt zwischen dem jungen selbstbewußten Herrscher und dem nach dem Hausmarium strebenden Kanzler unvermeidlich und Wilhelm II. hat die Situation wohl richtig gedeutet, wenn er sagt, es habe sich zuletzt darum gehandelt, „ob die Dynastie Hohenzollern oder die Dynastie Bismarck regieren solle.“

Mit ganz besonders schmerzlichen Gefühlen werden aber unsere geachteten „Royalisten“ die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe zu Hohenlohe-Schillingfürst lesen. Das Bild des „bis auf die Knochen monarchischen und föngstrenen“ ersten Reichskanzlers wird durch diese Mitteilungen doch sehr empfindlich getrübt. Jedenfalls muß es ein ganz besond. rer Royalismus sein, der die in den Parlamenten bei wiederholten Gelegenheiten geäußerten zur Schau getragene hohe Verehrung vor dem Beruf des Herrschers in einer privaten Auseinandersetzung mit dem Kaiser in der Weise betätigt, daß der Monarch befürchten muß, von dem ersten Diener der Krone ein Zintenfäß an den Kopf geschleudert zu erhalten.

Zur braunschweigischen Frage.

In den amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ wird jetzt der ganze Briefwechsel zwischen dem Ministerium und dem Reichskanzler sowie dem Herzog von Cumberland aus Anlaß der vom Landtag beschlossenen Resolution veröffentlicht.

In dem Schreiben des Ministeriums vom 25. September wird zunächst eine Darstellung der seit dem Tode des Regenten geschehenen bekannten amtlichen Schritte und darunter auch die Resolution des Landtages angeführt. Dann sagt das Ministerium weiter: „Wir können nicht umhin, auch unsererseits anzuerkennen, daß die provisorische Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum schon jetzt ohne nachteiligen Einfluß auf die öffent-

lichen politischen Verhältnisse des Landes, namentlich auf die Parteibildungen in demselben gewesen sind. Wir können ferner die Befürchtung nicht abweisen, daß jener nachteilige Einfluß zum Schaden des Landes und insbesondere auch einer neuen Regenschafft sich verschärfen und erweitern würde, wenn jetzt ohne weiteres der Regenschafft und die Landesversammlung die Wahl eines neuen Regenten bewirkt, ohne zuvor alles, was ihnen nach der Landesverfassung und der Stellung des Herzogtums in und zum Reiche möglich, getan zu haben, um zu bewirken, daß auf dem Wege, den die Resolution, wie oben ausgeführt, im Auge hat, an die Stelle des Provisoriums eine definitive, d. h. die Uebernahme der Regierung seitens des zur Thronfolge im Herzogtum nach der in der Landesverfassung beurkundeten Thronfolge-Ordnung berufenen Agnaten gesetzt werde. Die herzogliche Landesregierung ist nicht darüber im Zweifel, und dies kommt auch in der Resolution der Landesversammlung zum Ausdruck, daß auf jenem Wege die endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum ausgeglichen sei würde, wenn die Tatsachen, welche den Bundesrat zu dem Beschluß vom 2. Juli 1885 bestimmt haben, die Ueberzeugung der Verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Landesverfassung nicht vereinbar sei, noch jetzt unverändert fortbestehen und wenn deren Befestigung zurzeit unüberwindliche Hindernisse sich entgegenstellen. In der Deffenlichkeit ist stets und bis in die neueste Zeit behauptet worden, daß jene Verhältnisse unverändert fortbeständen, das insbesondere der Herzog von Cumberland die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile des Bundesstaates Preußen nicht ausdrücklich und zweifellos ausgegeben habe.“ Das Schreiben geht dann näher auf den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 ein, und bittet um Erklärung, ob die dem Beschluß zu Grunde liegenden Tatsachen auch gegenwärtig fortbestehen und führt dann fort: „Wenn dies der Fall, so erlauben wir uns ferner, der Lage des Herzogtums Rechnung tragend zu erwägen, ob sich den Organen des Reiches Mittel und Wege bieten würden, auf die Ausgleichung der Gegensätze, welche zwischen der Krone Preußens und dem Herzog von Cumberland bestehen, hinzuwirken. Daran knüpfen wir endlich die ganz ergebene Bitte, die Verwendung der sich etwa bietenden Mittel in der bezeichneten Richtung herbeizuführen und von dem Ergebnis uns gütigst Kenntnis zu geben.“

Weiter wird in dem Schreiben gesagt, der Bundesrat werde ohnehin schon indirekt Anlaß zur Stellungnahme bekommen, wenn es sich um die demnächstige Prüfung der Legitimation der Braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten handelt. Da ferner die Behinderung des Herzogs von Cumberland in dessen Verhältnis zum Bundesstaat Preußen ihren Grund habe, mithin die Entschiedenheiten der preussischen Staatsregierung in Betracht kämen, so habe das Ministerium die Resolution mit Abschrift dieses Schreibens auch dem preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit einem Begleitschreiben übermittelt.

Hierauf folgt ein Schreiben an das preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, das ein Begleitschreiben zu dem Ministerium überreichten Abschrift des Schreibens an den Reichskanzler ist. Es folgen ein Schreiben des Ministeriums an den Herzog von Cumberland vom 25. September und dessen Antwort vom 27. September. Das erste von diesen beiden letztgenannten Dokumenten ist ein formelles Begleitschreiben zu der überlieferten Resolution des Landtages. Das zweite, von dem Kammerherrn v. D. Wense, dem Verwaltungschef des Herzogs von Cumberland, verfaßt, bestätigt den Empfang des Schreibens des

Ministeriums und die beigefügte Resolution des Landtages und teilt mit, daß der Herzog dieselben zur Kenntnis genommen hat.

Hierauf schließen sich dann die in der Sonntagsnummer veröffentlichten Antwortschreiben des Fürsten Bülow als Reichskanzler und des preussischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Der Schriftwechsel soll dem Landtage bei seinem für den 18. d. M. in Aussicht genommenen Zusammentritt vorgelegt werden.

Nach einer Zeitungsnote soll der Regenschafft des Herzogtums am Donnerstag sofort nach dem Eintreffen der Antwort des Reichskanzlers zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten sein und beschlossen haben, den Landtag sofort einzuberufen und ihm die Wahl des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des jüngsten Sohnes des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, vorzuschlagen. Wir geben diese Meldung nur der Vollständigkeit halber wieder, ohne für ihre Richtigkeit eine Gewähr zu übernehmen.

Wie das „Börsliche Telegraphenbureau“ vom Sonnabend meldet, sind die vom Regenschafft in Braunschweig ausgesendeten Vollmachten für die braunschweigischen Bundesräte, Bevollmächtigten, nämlich den Staatsminister Dr. v. Otto und den Geheimen Regierungsrat Bohen, bei der zuständigen Reichsstelle in Berlin eingegangen.

Zur Lage in Rußland.

Die Finanznöte Rußlands sind nicht mehr zu verschleiern, seitdem durch eine Indiskretion der Geheimbericht Kolowjens an den Ministerpräsidenten bekannt geworden ist. Wir haben bereits einiges aus diesem Aktenstück mitgeteilt, aus dem sich mit erschöpfender Deutlichkeit ergibt, daß der Staatsbankrott nahe ist. Das Aktenstück datiert vom 5./18. September, es ist echt, wie auch die russischen Offiziere zugeben müssen. Bezeichnend ist, daß der Pariser „Temps“ das Blatt war, das am Donnerstag zuerst in der Lage war, den Bericht des russischen Finanzministers im Wortlaut zu veröffentlichen. Die französischen Kapitalisten, die im Frühjahr wieder so bumm waren, Rußland Millionen zu borgen, damit davon die Zinsen früherer Anleihen bezahlt werden könnten, werden lange Gesichter gemacht haben, als sie jenes Eingekündnis des russischen Finanzministers lasen, daß der Staat beinahe unvermeidlich sei. Der Wichtigkeit der Sache wegen und weil offiziös veräußert wird, die Bedeutung des Kolowjenschen Berichtes anzuführen, geben wir nochmals den wichtigsten Teil des Exposé, wie folgt, wieder:

„Nur eine Möglichkeit gibt es, auf welche mit Freimut hinzuweisen meine Pflicht ist: das ist Einhalt zu gebieten der steigenden Flut der neuen Ausgaben und verschiedene Departements innerhalb der Grenzen der Budgetkredite zu halten. Deshalb scheint es mir unerlässlich, Sr. Majestät die vorstehenden Ermüdungen zu unterbreiten und zu bitten, Sr. Majestät möge gütigst alle Ausgaben, mit Ausnahme der Entschädigung für Japan und der unvermeidlichen Unterhaltungsfonds, einer neuen Prüfung unterziehen und möge zustimmen, daß alle Ressorts, insbesondere die Kriegsverwaltung auf jene Kreditforderungen verzichten, welche einen Aufschwung ertragen, oder daß sie in eine Reduktion oder selbst in die Annullierung derselben willigen. Wenn dies nicht geschieht, sehe ich mich außerstande, den geltend gemachten Anforderungen zu genügen. Ueberdies muß ich meine Unfähigkeit gestehen, ein Finanzsystem mit anzueignen, welches Kredite für neue Ausgaben eröffnet, ohne daß denselben irgend welche Einnahmequellen gegenüberstehen. Die Erfahrungen des letzten Jahres verurteilen dieses System. Am Ende des letzten Jahres hat der Staatsfiskus Kredite ohne Kontrepartie eröffnet und hat manchmal sogar auf später die Ausgaben repor-

tiert, indem er die Einnahmen des nächsten Jahres im voraus estoppiert hat. Heute in den gleichen Fehler zu verfallen, wäre Wahnwitz, und sehr ich gegenwärtig ohnedies keine Möglichkeit, eine äußere Anleihe abzuschließen."

Die nächste Folge dieser Veröffentlichung war natürlich an den Börsen ein gemäßigter Kursrückgang aller russischen Werte. D'Espoir sucht man es so darzustellen, als handle es sich um nichts weiter als um einen ordentlichen Finanzminister durchaus gezielte Maßnahme zur Sparsamkeit. Die Kaiserlich-russische Finanzagentur in Berlin läßt nämlich durch „Wolffs Bureau“ ein dahingehendes Gloriat verbreiten und sucht nachzuweisen, daß der Ton der Mitteilung nur zeige, wie sehr dem Minister an der Einschränkung der Ausgaben gelegen sei und wie entschieden er gegen ein Ueberschreiten derselben vorgehe. Diese strenge und zielbewußte Handlungsweise könne nur geeignet sein, Vertrauen zu erwecken.

— **W!** Hält der russische D'Espoir die ausländischen Geldwerte wirklich für so dünn, daß sie sich durch beratige Beschuldigungen läuschen lassen? Die Reaktion arbeitet weiter am Untergrunde des „glorreichen“ Reiches. Ein im Kabinettsrat „Kretsch“ im Wortlaut veröffentlichtes Rundschreiben des Ministerates an alle Ressorts unterlag im Staatsdienste stehenden oder auch nur in staatlichen Institutionen beschäftigten Personen die Forderung an Parteien und Vereinen, die der Regierung Opposition machen. Wenn Stolypin glaubt, mit solchem Erlaß etwas für die Regierung Günstiges zu erreichen, so ist das ein leerer Wahn. Schon, daß ein Oppositionsblatt den famosen Erlaß veröffentlichte, beweist dessen Unzulässigkeit, denn nur ein Beamter kann den Vertreter gepöbeln haben.

Wie der Justizminister das Recht beugt. Der russische Justizminister hat, wie man uns berichtet, durch ein Geheiminkret verfaßt, die bestehenden Bestimmungen dahin abzuändern, daß selbst die einfachen Gerichte, also die ohne Geschworenen, bei politischen Vergehen Urteile fällen dürfen, ohne auch die geringste Begründung dazu zu geben. Bei der jetzigen Stimmung in den russischen Regierungskreisen, bei der bekannten ultra-reaktionären Zusammenfassung der russischen Gerichtskammern wird diese ministerielle Maßregel die russische Bevölkerung in eine noch schlimmere Lage bringen, als sie ohnehin schon war, da sich dann die einfachen russischen Gerichte nur noch wenig von den jetzt so rücksichtslos vorgehenden Feldkriegsgerichten unterscheiden.

Die Terroristen sind wieder munter an der Arbeit, wie folgende Meldungen vom 7. d. Mts. beweisen:

Petersburg. Die Zahl der im Institut der Bergbau-Ingenieure entdeckten Bombenbälgen beträgt achtzig. Sie wurden bei einem Studierenden, namens Finn, und in der Studentenbibliothek gefunden. Sie scheinen ausländischer Herkunft zu sein, sind aus Stahl und haben den Umfang eines großen Pfefels. Die Polizei forscht noch immer nach Sprengmaterialien, sie fand bei den bisher angestellten Hausdurchsuchungen jedoch nur zwischen Revolutionären geworfene Briefe. — **Ulm.** Freitag vormittag zahllose Wunden erhalten hat, ist gestern an Blutvergiftung gestorben. — **Ulm.** Freitag vormittag vierhundert sieben Bewaffnete einen von Borsigowka kommenden Postwagen, festhielten den Kutscher und den Postkutscher und raubten 5111 Rubel. Die Uebelthäter sind entkommen.

Aus Deutsch-Afrika.

Die Höhe der Liegegebühren in Swakopmund ist von jeder ein besonders wunder Punkt in dem südafrikanischen Frachtverkehr gewesen. Wie nun die „Köln. Ztg.“ offiziell mitteilt, soll es der Kolonialverwaltung gelungen sein, durch zweckmäßige Abfertigung der Transporte in Hamburg die Liegegebühren in Swakopmund, die ein Gegenstand vieler Beschwerden waren, zu beseitigen. Es treten jetzt keine Anklagen und Einwendungen des Verkehrs mehr ein, so daß die von Liegegebühren freie Zeit für die Schiffe zur Lösung der Ladung ausreicht. — Nähere Details müssen abgewartet werden. Sollte es aber richtig sein, daß lediglich die ungewöhnliche Abfertigung der Transporte in Hamburg schuld daran ist, daß die Transporterfrachten von Swakopmund so lange liegen bleiben müssen, ohne ihre Ladung lösen zu können, so würde das ein weiterer Beweis dafür sein, wie leidenschaftlich bisher die Kolonialverwaltung in dieser Sache gehandelt hat.

Die südafrikanischen Frachtkuriositäten, die neulich von der „Dortm. Ztg.“ mitgeteilt worden waren und allgemeines Aufsehen erregt hatten, sucht die „Nordb. Allg. Ztg.“ jetzt zu berichtigen. Im großen und ganzen bringt der offizielle Artikel aber nicht ein Demütigen, sondern eine Bekräftigung der Angabe des Dortmunder Blattes. Die Kolonial-

verwaltung hat sich eben auch hier mächtig um die Ohren schlagen lassen und an die Monopolfirma Boermann für Seefrachtkosten, Liegegebühren und Landungsgebühren Summen verpulvert, die infolge der nun schon seit 2 1/2 Jahren währenden Aufstandsbeziehung mit mehreren Millionen nicht zu hoch gegriffen sind. Vor allem ergibt sich, daß der abgeschlossene Vertrag selbst äußerst mangelhaft gewesen ist und die Mitwirkung richtiger Kenner der Verhältnisse absolut fehlen läßt. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sucht hierüber damit zu beruhigen, daß sie ausführt, der seit dem März 1904 gekündete Vertrag mit der Boermannlinie laufe nebst Tarif im Dezember 1908 ab, sofern er ein Jahr vorher gekündigt werde. Daß der Tarif so einseitig nur zugunsten des einen Kontrahenten abgeschlossen ist, entschuldigt der offizielle Artikel mit folgenden Worten:

„Wenn jetzt in der Presse die Landungsgebühren als zu hoch bemängelt werden, so ist demgegenüber darauf hinzuweisen, daß zu jener Zeit für die Regierung nur die Wahl bestand, entweder das Landungsgehalt in Swakopmund selbst zu besorgen oder es der Boermann-Linie zu übertragen. Die Uebernahme des Betriebes in Regie ist finanziell erzwungen worden. Sie hätte indes einen zu großen Beamtenapparat (!) erfordert, und es bestand auch die begründete Befürchtung, daß bei den Verhältnissen, welche die Anforderung neuer Mittel zwecks Erweiterung eines fiskalischen Unternehmens verursacht, ein solches sich den wachsenden Verhältnissen des Verkehrs nicht rasch genug würde anpassen können. Auch der Gouverneur, der vorher mit den Interessenten ins Benehmen getreten war, empfahl daher, das Landungsgehalt in möglichst weiten Umlänge einem Privatunternehmer zu übertragen. Als solcher kam aber nur die Boermann-Linie in Betracht, welche überdies allein von diesem Geschäftlichen mit den Verhältnissen an der Westküste von Afrika vertraut war, und welche, da sie sich bereits im Besitz des nötigen schwebenden Materials befand, jedenfalls billiger Preise stellen konnte als irgend ein anderer Unternehmer. Die Regierung glaubt daher mit der Uebertragung des Landungsbetriebes an die Boermannlinie gerade auch den Interessen des Publikums zu dienen. Sie hat ebenfalls versucht, ein solches mit möglichst günstigen Bedingungen zu erzielen. Insbesondere sind vor der Festsetzung der Tariffätze auch die für andere afrikanische Hafenplätze geltenden Gebührenverhältnisse herangezogen worden. Die Bezahlung des Landungsgehaltes befindet sich an jenen Plätzen ebenfalls zum Teil in den Händen von Privatunternehmern. Wenn die Boermann-Linie schließlich erklärt hat, niedrigeren Sätze als die im Tarif vorgezeichneten nicht bewilligen zu können, so mag daraus geschlossen sein, daß dieselbe das Risiko der wegen der hohen Breiter äußerlich geschwollenen Landung für ihr eigenes Material, wie Leichter, Schlepper usw. selbst zu tragen hat, da es ihr trotz aller Bemühungen nicht gelang, eine Versicherung für diesen Betrieb abzuschließen.“

Die Gründe, die hier für die Abschließung des Vertrages mit der Firma Boermann geltend gemacht werden, erscheinen uns schon theoretisch als recht zweifelhaft. Die praktische Entwicklung der Dinge hat dann auch gezeigt, wie verhängnisvoll es für das Reich war, wenn es sich in diesem Falle in die Hände eines Privatunternehmers begab. Bemerkenswert ist noch, daß die „Nat.-Ztg.“ vor einigen Tagen behauptet hat, der Artikel der „Dortmunder Ztg.“ enthalte fast wörtlich einem militärischen Bericht aus Südwest. Die Unrichtigkeit dieser Nachricht liegt jetzt klar auf der Hand; denn die „Nordb. Allg. Ztg.“ würde sich doch wohl hüten, derart gegen ein amtliches Schriftstück mit einer Berichtigung loszugehen. Aber ob amtlich oder nicht, die Lage, in welche die Kolonialverwaltung durch den Vertrag mit Boermann gelangt ist, ist eine derartige, daß sie gestungen ist, diesen Vertrag sobald wie möglich zu lösen. Das wird ja nun auch voraussichtlich geschehen.

Ueber die wirtschaftlichen Ausichten Deutsch-Südwestafrikas hat sich Gouverneur v. Lindequist in einem Bericht über seine im Mai und Juni d. J. nach dem Norden des Schutzgebietes unternommene Dienstreife sehr optimistisch ausgesprochen. Er kommt zu dem Schluss, daß das von ihm durchgeführte Gebiet ein besseres Weideland abgibt als Britisch-Südafrika. Sofort fügt er aber hinzu, daß auch dieser Teil von Deutsch-Südwestafrika ein Land für Viehzucht ist und daher im großen und ganzen nur für größere Farmen in Frage kommt. Allerdings gebe es auch eine ganze Anzahl von Plätzen, wo Gartenbau und Ackerwirtschaft betrieben werden und eine höhere Ansiedelung Platz greifen kann. Ein sehr günstiges Zeugnis stellt Gouverneur Lindequist der Wasserfindigkeit des Landrats v. Uslar aus. Ob es nun freilich die Wasserfindigkeit ist, mit der Herr v. Uslar die Wasserader findet, scheint gerade nach den Angaben Lindequists sehr zweifelhaft. Welchem ergibt sich aus seinem Bericht, daß sich Herr v. Uslar bei der Bezeichnung der Wasserstellen von bestimmten, wissenschaftlichen Prinzipien leiten läßt. Das geht beispielsweise aus folgenden Sätzen hervor: „Auf der Eisenbahnfahrt nach Sona wurde an verschiedenen Punkten Halt gemacht und in unmittelbarer Nähe der Bahn von Landrat v. Uslar Wasser an den Stationen Braakwater, Dikbava, Teufelsbad und zwischen Teufelsbad und Sona in einer Tiefe von durchschnittlich 20 bis 25 Meter festgestellt. Wie bei versenkten Stellen in der nächsten Umgebung von Windhof, war auch an dem letztgenannten Plage früher eine Bohrung bis zu großer Tiefe vorgenommen, ohne auf Wasser zu stoßen, während die von Herrn v. Uslar festgestellte

Wasserader in unmittelbarer Nähe des Bohrloches läuft. Wie an andern Stellen machte ich auch hier die Bemerkung, daß die Veranlassung zur Senkung des Bohrloches charakteristische sogenannte Wasserstränge — hier eine Reihe in der Richtung der Ufer sich hinziehende Büsche von „wildem Spargel“ — gewesen waren. Zerlegtelt war der Wasserfühler dadurch, daß er offenbar in unmittelbarer Nähe des Standortes dieser Büsche die Mitte der Ufer vermutet hatte, während solche Büsche und Büsche, deren Vorhandensein auf Wasser schließen läßt, meistens am Rande oder außerhalb in unmittelbarer Nähe solcher Wasseradern stehen. Nach der von Herrn v. Uslar vertretenen Meinung wird sogar die Mitte des Laufes einer Wasserader sehr häufig durch abgehorbete, kahle Bäume bezeichnet, die, sobald die Wurzeln die Wasserader erreichen, eingehen. Verschiedene Beobachtungen im Gelände lassen auf die Richtigkeit dieser Theorie schließen.

Deutschland.

Berlin, 8. Okt. Der Kaiser traf am Sonntag nachmittag kurz nach 5 Uhr in Gabeln ein und beschifigte bald nach der Ankunft mehrere Neubauten, darunter zwei Vier-Familienhäuser, Markt- und Wachgebäude. Die Kaiserin mit der Prinzessin Viktoria Luise war bereits nachmittags 3 1/2 Uhr angekommen und vom Landrat v. Erdorf am Bahnhof empfangen worden, wo auch die Gutsarbeiter, die Beamten, Schüler und Förster sowie zehn Paare in alter Landestracht Aufstellung genommen hatten.

— (Reichskanzler Fürst Bülow) beschäftigt nach der „Köln. Ztg.“ am 15. d. M. nach Berlin zurückzuführen.

— (In die Kolonialabteilung) als Hilfsarbeiter berufen worden ist der Reichsfinanzassessor Born aus Würzburg.

— (Eine Versammlung der „Freunde der Christlichen Welt“) hat dieser Tage in Potsdam stattgefunden und nach einer Debatte über die Grenzen der Pressefreiheit für den evangelischen Religionslehrer, wie und mitgeteilt wird, folgende Resolution beschlossen: „Unter dem Vorbehalt, daß die Lage des Volksschullehrerstandes nach Bändern, Provinzen und Orten sehr verschieden ist, erheben wir angelegentlichsten die Forderung: 1. Daß der Lehrer von dem Zwang, auch wider seinen Willen Religionsunterricht zu erteilen, ohne Schaden für seine Erfindung und amtliche Laufbahn befreit werde; 2. Daß der Religionsunterricht von rücksichtloser Stoffwahl und fleißlicher methodischer Einigung befreit werde; 3. Daß die Lehrerfortbildung in den Seminaren überall in Umfang gebracht werde mit der Weiterentwicklung der theologischen Wissenschaft; 4. Daß die religiöse Fortbildung der Lehrer sowohl durch literarisches Studium als auch durch Vorträge und Kurse in seiner Weise von den Behörden genehmigt, sondern vielmehr verständnisvoll gefördert werde.“ Wir sind überzeugt: je mehr diese Forderungen erfüllt werden, desto mehr wird die Fruchtbildung unserer Volksschullehrer, an der religiösen Erziehung unseres Volkes mitwirken, wachsen und, wo sie etwa verloren ging, wiederkehren.

— (Herr v. Zedlig und die Landlehrer-Bewegung.) Die von Herrn v. Zedlig nach Kräften unterstützte sog. Landlehrer-Bewegung, durch welche ein Teil in die deutsche Lehrerschaft getrieben werden sollte, ist auf der Mitte der Woche in Köslin stattgehabten Tagung des Pommerischen Provinzial-Lehrervereins vollständig unterlegen. Der Lehrvertrag war von über 2000 Lehrern bezeugt, an der Vortragsrede der sog. Gleichstellungs-freunde haben aber wenig mehr als 50 Lehrer teilgenommen, und von der Hauptversammlung wurde eine Resolution, welche das Vorgehen des Vereins der Gleichstellungsfreunde, soweit es keine Spitze gegen den Vorstand des Preussischen Lehrervereins richtet, als ungerichtet, soweit es die Beschüsse des 3. Preussischen Lehrertages durchkreuzt oder gar andere Forderungen vertritt, als schädigend für den ganzen Stand bezeichnet, mit erdrückender Mehrheit angenommen. Während der Abstimmung versuchten zwar die Gleichstellungsfreunde noch in erregten Geschäftsbewegungen, debattierten ihre verlorene Sache zu retten, ohne indes die Mehrheit der Versammlung zu ihrer Meinung bekehren zu können. Der bisherige erste Vorsitzende des Pommerischen Provinzial-Lehrervereins, Rektor Zudob-Kolberg, ein bekannter Führer der Freisinnigen, wurde einstimmig wiedergewählt.

Reklameteil.

Bei Blutarmut, Bleichsucht
Schering's Malzextrakt mit Eisen

Leidet veraltend, 3/4 100 und 200.
Schering's Grüne Apotheke, Berlin, Chaussee 19.
Niederlagen Meiningen: Doms- und Stadt-Apotheke.

Vertrieb von Erzeugnissen erster

Gardinen-Fabriken

Die unmittelbaren Beziehungen verbürgen
billigste Preise in haltbaren Geweben.

Wir offerieren:

Gardinen, Teppiche, Portièren,
 Kongress-Stoffe, Tischdecken, Dekorationen, Vorleger, Steppdecken, Bettdecken,
 Diwandecken, Schlafdecken, Läuferzeuge, Felle und Fellvorlagen etc.
 in denkbar grösster Auswahl von der einfachsten bis feinsten Art
zu ganz aussergewöhnlich billigen streng festen Preisen.

Stores,
 Halbstores,
 Scheibengardinen,
 Etamine und
 Madras
 zu Stores u. Gardinen.
Lambrequins,
Gardinen-
halter,
Posamenten,
Vitragenstoffe,
Borten
 u. dergl.

Neuheiten in Spachtel-Rouleaus,
 weiss und creme, Fenster von 1,30 Mk. an.

Zurückgesetzte Teppiche,

auch einzelne Stücke, die im Schaufenster etwas gelitten haben,
 sowie

Gardinen in vorjährigen Mustern,
 auch

Reste

— für 1 bis 3 Fenster langend —

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Wäsche-
 Ausstattungen,
Bettfedern,
 Leinen- und
 Baumwollwaren,
 Tischzeuge,
 Handtücher,
Fertige
Wäsche,
 Trikotagen,
 Strümpfe,
 Handschuhe,
Schirme.

Ein selten günstiges Angebot in
englischen Tüll-Gardinen.

Ein grosser Posten englische Tüllgardinen, sowie ein Posten abgepasste Fenster sind zu ganz besonders billigen Preisen zum Verkauf gestellt

Geschäfts-Häuser

Otto Dobkowitz, Merseburg,

für Modewaren und Aussteuer
Entenplan 3.

für Herren-Konfektion, Teppiche, Gardinen
Markt 19/20.

Die Neuheiten in Damen- und Kindermänteln,
 sowie in hervorragend schönen **Kleiderstoffen** sind vollständig erschienen und mit besonders billigen Preisen zum Verkauf gestellt.

Hierzu eine Beilage.

Neue Ordensniederlassungen in Schlesien.

Als vor wenigen Wochen in protestantischen Kreisen Schlesiens die Beforgnis auftauchte, dass die Regierung sich den Wünschen des Klerikalismus auf Gründung neuer Ordensniederlassungen allzu willfährig erweise, wurde offenes abzuwiegen gesucht; insbesondere behauptete ein Blatt zu der Erklärung ermächtigt zu sein, dass die Gerüchte von Ordensniederlassungen in Gräzau und im Hirschberger Kreise jeder Begründung entbehren. In Schlesien selbst ist dieses Dementi jedoch eindrucklos geblieben. Auf der kürzlich in Breslau stattgehabten Vorstandssitzung des Schlesischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes wurde im Gegenteil die Befürchtung Ausdruck gegeben, dass die Pläne schon weiter gediehen seien, als man im allgemeinen annehme. In den ober-schlesischen Orten Groß-Borck und Panewitz sind bekanntlich Franziskaner-Niederlassungen gegründet worden, deren Tätigkeit, wie man befürchtet, in erster Linie dem Polemum zugute kommen wird. Der Orden soll dort bilinguall erworben und zwei Wörtern hienow an einen Gastwirt für 25 000 Mk. verkauft haben. Am Bau des Klosters werde mit aller Macht gearbeitet; es wird ein Klostergebäude. Sowohl in Borck als in Panewitz seien Patres in unbefränkter Zahl zugelassen. Von 46 Franziskaner-Patres der Diözese tragen 22 polnische Namen, die 56 Laienbrüder und 11 Patres clerici ungeredet. Sicher ist also wohl die Hälfte der 113 Franziskaner polnisch. Sie erfreuen sich bei den Polen und Galizier großen Ansehens. Diese aber bearbeiten bei ihren Wallfahrten nach Schlesien die schlesischen Polen. Das aus einem Kämpel fließende Wasser der „Koudegrotte“ bei Jawelche ist sogar für wunderkräftig gehalten worden. Seit der vor mehr als einem Jahre erfolgten Einweihung der Orone sind dort mehr als 120 000 Pilger zugedröhrt. Der Betrag der Opfersteuer soll am ersten Tage enorm gewesen sein. In Gräzau befindet sich in dem seit 1810 säkularisierten Jägerjunkerflosser die Wohnung der katholischen Geistlichen und eine kleine katholische Schule, während die evangelische Schule keine Aufnahme darin gefunden hat. Gegenwärtig werden dem Vernehmen nach die wertvollen Prunkräume der alten Abte etwas restauriert. Seitdem aber im Oktober 1905 Fürstbischof Kopp, Bischof Bengler von Metz und der Erzbischof von Maria-Rauch, Freiherr v. Siogingen, das Kloster besichtigt haben, erhalte sich die Vermutung, dass die Herabgabe des Klosters zu einer Ordensniederlassung beschlossene Sache sei. Von einem Bedürfnis nach Ausschilfe in der Seelsorge als notwendigem Grunde für eine Ordensniederlassung könne hier keine Rede sein. Die evangelische Bevölkerung aber erinnert sich, dass von Gräzau aus schon einmal die Gegenreformation in die Landeshüter Gegend in Szene gesetzt worden sei.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der Wahlreformauschuss des österreichischen Abgeordnetenbundes nahm am Freitag, entsprechend dem Beschluss der Subkommission mit 21 gegen 13 Stimmen einen Antrag Grub zu, die Einführung der Wahlpflicht der Landesgesetzgebung zu überlassen. — Am österreichischen Abgeordnetenbundesausdruck am Freitag zu dem Dringlichkeitsantrag betr. Herabsetzung der Zuckersteuer der Finanzminister von Koritowski sein Bedauern aus, dass die gesetzlichen Bestimmungen der Regierung keinen Einfluss auf die Bildung und Wirksamkeit der Preispartelle einräumen. Die Herabsetzung würde für die Staatsentnahmen einen Ausfall von 42 Millionen zur Folge haben; der Minister fügte demnach die Herabsetzung nur dann vertreten, wenn die allgemeine Lage des Budgets vorübergehend einen so bedeutenden Einnahmeausfall gestatten würde, was aber gegenwärtig nicht der Fall sei. Außerdem wäre dazu ein vorüberiges Einvernehmen mit Ungarn erforderlich. Die weiter verlangte Differenzierung würde den Einnahmeausfall auf 50 Millionen erhöhen. Er stehe einer Herabsetzung der Zuckersteuer sympathisch gegenüber und werde sie zu einem geeigneten Zeitpunkt zur Durchführung bringen. Abg. Sternberg erhob gegen die Regierung den Vorwurf, dass sie mit verschobenen Kartellen in Verbindung stehe, welchen Vorwurf der Finanzminister namens der Regierung entschieden zurückwies. Es wurde sodann Dringlichkeit beschlossen. Bei der Abstimmung über den Gegenstand selbst ergab sich Beschlußunfähigkeit, worauf sich das Haus vertagte.

England. Auf einer Konferenz der schottischen liberalen Parteiverbände zu Peebles wurde mit 55 gegen 34 Stimmen eine Resolution angenommen, nach der es als eine Hauptpflicht der Liberalen bezeichnet wird, energisch gegen alle Wahlknüden zu

stimmen, die sich nicht von einer Partei lösen wollten, deren Ziel eingeklagenermaßen die völlige Vernichtung des Grundgesetzes der Freiheit des Individuums sei, für welchen die liberale Partei stets eingetreten sei. In seiner Ansprache an die Versammlung bezeichnete Master of Glbank, Mitglied des Unterhauses für den Wahlbezirk Midlothian, die Sozialisten als eine Gesellschaft bössartiger Zerstörer, die die liberale Partei zugrunde richten wollten, um an ihrer Stelle eine Tyrannei herzustellen.

Spanien. In Valencia kam es am Donnerstagabend auf den Straßen zu Kundgebungen gegen den Erzbischof, der in seinem Hirtenbrief die Jüdische als ein schmachvolles Konkubinat bezeichnet hatte, dessen Schuldige nicht in geweihter Erde begraben werden dürfen.

Türkei. Ein neuer türkisch-bulgarischer Grenzzwischenfall. Bei dem Grenzort Komarowkama im Bezirk Philippopol fand ein Kampf zwischen einer türkischen Patrouille, die bulgarisches Gebiet betreten hatte, und einem bulgarischen Grenzposten statt. Ein türkischer Hauptmann wurde dabei getötet, die türkischen Soldaten wurden zurückgeschlagen.

Marokko. Frankreichs Veschwerden über Marokko nehmen kein Ende. Aus Marakesch wird der „Agence Havas“ berichtet, dass die marokkanischen Behörden sich weigern, irgendwelche Maßregeln gegen die Eingeborenen zu unternehmen, denen der Ueberfall auf den Franzosen Passafes und dessen Gefangenahme zur Last fällt. Die Angreifer sind, wie bereits gemeldet, Angehörige des Teknammams, und dessen Attacke ist für den Ueberfall verantwortlich. Sie verkehren täglich in der Stadt, ohne belästigt zu werden. Neger, die mit den Leuten des Scherifs Maalein Sand in Hand gehen, verursachen vielfach Unruhen in Marakesch. Vier Europäer sind mit knapper Not dem Schicksal entgangen, ermordet zu werden. Mehrere Juden und Mohammedaner wurden überfallen.

Nordamerika. Die Rassenkämpfe in Amerika zwischen Weißen und Negern dauern fort trotz aller Maßnahmen der Regierung zur Verhinderung derartiger Greuel. Ein Telegramm aus New York, 7. Okt. meldet folgendes: In der Nähe von Mobile in Alabama wurden zwei Neger von 60 maskierten Männern aus einem Eisenbahnzug geholt und an den nächsten Bäumen aufgehängt. Die Neger waren von Gerichtsbeamten von Birmingham abgeholt worden, um in Mobile vor Gericht gestellt zu werden.

In Macon in Georgia entstand gestern nacht in Bazar ein Streit zwischen Weißen und Negern, der in eine allgemeine Schlägerei ausartete. Drei Männer wurden erschossen. Militär mußte auf den Schauplatz der Greise geschickt werden, um ein allgemeines Wenden zu verhindern. — Ueber Schifanen der nordamerikanischen Einwanderungsbehörde liegt wiederum ein neuer Fall vor. Das Washingtoner Einwanderungsamt hat, wie das „Verl. Agbl.“ meldet, gegen ein deutsches Mädchen eine Verfügung getroffen, die in Amerika selbst großen Unwillen erregt. Es handelt sich um ein Mädchen aus Frankfurt a. M. namens Rosa Schwarz. Nach dem Tode der Eltern wollte sie zu ihren in New York lebenden Brüdern auswandern; sie ist eine geschickte Kleidermacherin, hat aber eine Mißgestaltung des einen Fußes. Wegen dieses geringen körperlichen Gebrechens ist ihr die Einwanderung nicht gestattet worden. Der Vorfall erregt umso mehr unliebsames Aufsehen, als er den Versicherungen der Nationalisten widerspricht, die deutschen Einwanderer sollten von kleinlichen Schifanen verschont werden.

Deutschland.

(Herr v. Pöbdielst) erfreut sich der ungeminderten persönlichen Wertschätzung des Kaisers. Er ist für einige Tage der Jagdgast und gemessene Gesellschaft des Kaisers in Kominten gewesen und hat nach seiner Rückkehr nunmehr die Ministergeschäfte wieder übernommen. Daß damit die Pöbdielst's Krisis erledigt sein sollte, ist selbstverständlich undenkbar. Die persönliche Wertschätzung, deren sich Herr v. Pöbdielst nach wie vor seitens des Kaisers erfreut, hat nichts zu tun mit dem Amt. Ob das Vertrauen des Kaisers in die ministerielle Amtsführung des Herrn v. Pöbdielst noch das selbe ist wie vor dem Bekanntwerden der für den Minister höchst peinlichen Verbindung mit der Tuppelstich-Affaire, ist eine andere Frage, über die erst später entschieden werden wird. Es hieß vor einiger Zeit, daß das Ergebnis der Untersuchung im Falle Pöbdielst im wesentlichen auch über das fernere Verbleiben Pöbdielst's in seinem Amt entscheiden werde, welches der Stand der Untersuchung in der letzten An-

gelegenheit ist, darüber hält man sich offiziös in tiefes Schweigen; wahrscheinlich wird man etwas näheres hierüber wohl erst erfahren, sobald sich der Reichsanwalt selber an der Zentralstelle befindet wird. Graf Posadowsky hat vor Jahren einmal eine Untersuchung über die Ursachen des Anwachsens der Sozialdemokratie — wir wissen nicht, ob aus eigener Initiative, oder auf Wunsch von höherer Stelle — veranlaßt. Sollte das letztere der Fall sein, so wird der sehr gemäßigste Staatssekretär des Reichsamts des Innern gewiß nicht verfehlen, in einem Nachtrag auch dem Fall Pöbdielst den ihm gebührenden Raum zu gewähren.

— („Der Fluch der Arbeit.“) Unter diesem Titel veröffentlicht die letzte Nummer des „Arbeiter“, des Organs der sozialdemokratischen Zertifikats-Organisation, einen Leitartikel, der folgendermaßen beginnt: „Auf der Arbeit laftet von jeher ein Fluch. Er besteht darin, daß die Arbeit für den Arbeitshausenden Leiden hervorruft, die er nicht zu beheben hätte, wenn er sich von der Arbeit fernhielte.“ Deutlicher kann man, so meint dazu die „N. Z. R.“, das Recht auf Faulheit kaum proklamieren. In der bürgerlichen Gesellschaft beruht allerdings noch die rücksichtlose Ansicht vor, daß die Arbeit ein Segen sei.

Provinz und Umgegend.

† Hale, 6. Okt. Der Kronprinz unternahm gestern wieder einen Frühspaziergang, während die Kronprinzessin nebst der Hofdame Frein v. Hellborn einen weiteren Spaziergang in die herrliche Umgebung des Dambachhauses machte. Nachmittags unternahm das krongrüne Paar in Gemeinschaft mit der Hofdame Frein v. Hellborn und dem Adjutanten Hauptmann v. Stülpnagel im Automobil einen Ausflug nach dem Broden. Die Abfahrt von Dambachhaus erfolgte 12 Uhr mittags, die Ankunft am dem Broden 3 Uhr nachmittags. Nach einfründigem Aufenthalt, während welcher Zeit das Mittagessen eingenommen wurde, erfolgte die Rückfahrt, und trafen die Herrschaften 6 1/2 Uhr wieder im Dambachhaus ein. Die Fahrt hin und zurück ging über Blankenburg und Bernigerode. Die Kronprinzessin, die zum ersten Male im Harz weilte, ist von den Schönheiten des Gebirges ganz entzückt. Das wird auch der Grund sein, daß der Aufenthalt des hohen Paares, der bis heute während sollte, bis zum 10. d. verlängert wird. Das krongrüne Paar begibt sich von hier nach Bad Kreuzung zum Besuche des Herzogs Karl Theodor von Bayern. Der Adjutant Hauptmann v. Stülpnagel reist heute von hier ab; an seine Stelle tritt Major v. Dppen.

† Herzberg, Elster, 4. Okt. Mittwoch abend gegen 7 Uhr brannte die am Arm der schwarzen Elster gelegene Dampf- und Wassermühle in Großschwitz, dem Kaufmann S. Rosenkralz gehörig, vollständig nieder. Es ist böswillige Brandstiftung anzunehmen, nachdem erst 3 Tage vorher das von einem Pächter benutzte massive zweistöckige Wohnhaus vollständig niedergebrannt ist und zu gleicher Zeit zwei Brandherde in der nunmehr niedergebrannten Mühle rechtzeitig entdeckt worden waren. Die Mühle ist erst vor Jahresfrist vollständig umgebaut und mit moderner Einrichtung versehen worden. Das Gebäude ist wie vom Erdboden verschwunden, die Maschinen sind vollständig zertrümmert. Der Gesamtschaden beträgt etwa 70 000 Mk., wovon kaum die Hälfte durch Versicherung gedeckt ist. Die Dampfmaschine war nicht versichert. Mit dieser Mühle ist eine der ältesten Mühlen der schwarzen Elster und ein Stück Romantik verschwunden.

† Magdeburg, 7. Okt. In einer Versammlung der Bevollmächtigten der Ringbrauereien wollte man an Stelle des bisherigen Sekretärs Nagel einen anderen Herrn zur Geschäftsführung des Ringes wählen. Doch keiner der anwesenden Herren fühlte die Neigung in sich, das verantwortungsvolle Amt zu übernehmen. Eine Abstimmung über die Aufhebung des Ringes bei der gegenwärtigen Situation ergab das Resultat, daß eine starke Minorität sich für sofortige Aufhebung bereit erklärte, weil vielen Gastwirten ringförmig Bier zur Verfügung steht.

† Jörbig, 6. Okt. Von dem vormittags 10 Uhr 15 Min. von Jörbig nach Eumeborf fahrenden Zuge wurde das Geschirr des Rittergutsbesizers Finger am Mößlicher Wege erfasst und ein Pferd sofort getötet.

† Erfurt, 7. Okt. In Anbetracht der hohen Fleischpreise wurden den Insassen des südlichen Hofspitals und des Stiegenhauses Feuerungszulagen gewährt. Dieser Gegenstand rief in der letzten Stadtverordnetenversammlung eine Debatte über die durch die Viehnot geschaffenen misslichen Zustände hervor. Es wurde betont, daß die meisten sozialen Uebel, die besonders den Mittelstand empfindlich

schädigen, wie die fortgesetzte Unzufriedenheit der Arbeiter und die daraus entstehende Streiks, auf die gegenwärtigen außerordentlich hohen Fleischpreise zurückzuführen seien. Wenn hierin nicht in absehbarer Zeit Wandel geschaffen werde, würden unsere wirtschaftlichen Verhältnisse schweren Prüfungen entgegengehen. Es wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten diesen Gegenstand auf die Tagesordnung zu setzen und voraussichtlich mit einer Kundgebung beider städtischen Behörden gegen die Fleischsteuerung auf die maßgebenden Stellen heranzutreten.

† Saalfeld, 6. Okt. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Giechicht zugezogen. Wie von dort gemeldet wird, geriet der seit 25 Jahren im Eisenbahndienste stehende Bahnführer Hermann Amann beim Rangieren zwischen die Räder zweier Wagen. Der Verunglückte wurde förmlich dreigedrückt und war sofort tot. Er hinterläßt Frau und eine Tochter.

† Lichtenstein, 6. 7. Okt. Unsere Nachbarstadt Callenberg hat sich infolge der anhaltenden Fleischsteuerung veranlaßt gesehen, einen städtischen Fischmarkt zu errichten.

† Leipzig, 7. Okt. Der Bierkrieg hierseits ist gestern durch eine Vereinbarung zwischen den Sozialdemokraten und den Vertretern der Birte und der Brauereien beendet. Die Brauereien setzen die Erhöhung des Bierpreises von 2 Mk. auf 1,30 Mk. herab. Die Birte dürfen vier Zehntel Liter statt für 15 für 14 Pfennige (früher 13 Pfennige) verkaufen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 9. Oktober 1906.
** (Personalien.) Amtsgerichtspräsident Riemerschneider in Remburg ist an das hiesige Amtsgericht, der Gerichtssakular Kind von hier zum Kolonialamte in Berlin und der Oberprokurator Beder von hier nach Halle versetzt worden.

** Schöne sonnige Herbsttage erfreuen uns seit einigen Tagen. Herrlich vor allen Dingen war der Sonntag. Hunderte von Ausflüglern trieb es denn auch hinaus in die Natur, wo die leuchtenden Farben des Herbstes im Sonnenglance schimmerten. Die Wege nach den benachbarten Ausflugsorten waren dicht gefüllt von Passanten, so daß die Gäßchen unserer Nachbarhöfe eine ziemlich starke Frequenz aufweisen konnten. Infolge der warmen Witterung — das Thermometer wies in den Mittagsstunden der letzten Tage 16° R. im Schatten auf — war ein Verweilen im Garten möglich. Aber auch dem Landmann waren die schönen Herbsttage erstrebenswert; reichlich hat er an der Einerntung der köstlichen Getreide, der Kartoffel, gearbeitet. Ein Schauspiel für den Naturfreund war am Abend, wie jetzt öfter an schönen Herbsttagen zu beobachten ist, der Sonnenuntergang, in dessen vom Himmel wiedererscheinenden Lichtreflexen die Farben des Herbstes auf den Fluren sich noch tiefer malten.

** Auffallendere Schilder „Schriftfabren“ sind nimmer an Stelle der winzigen Schilder am Brandelischen Hause in der Gottliebstraße und am „Noten Tisch“ hier angebracht worden.

x. Von einem Schlaganfall wurde gestern vormittag Herr Tischmeister H. hier im Geschäftslokal eines hiesigen Bankiers betroffen. Der schwer erkrankte Mann, der sich in Begleitung seiner Frau befand, wurde mittels Krankenwagens nach seiner Wohnung geschafft.

** Ein Fleischhund wurde Montag vormittag an der Meissen Mauer von der elektrischen Fernbahn Merseburg-Galle überfahren und derartig verletzt, daß er getötet werden mußte.

** Der Dilettanten-Verein vereinigte am Sonntag seine zahlreichen Mitglieder und Freunde im „Livoli“ zu einer Abendunterhaltung, die einen sehr amüsanten Verlauf nahm. Ein äußerst reichhaltiges Programm sorgte während des ersten Teiles für eine recht angenehme Unterhaltung. Gewählte Musikstücken wechselten mit gut einstudierten Männerchören ab. Der Chor des Vereins steht, wie wir schon öfter hervorheben konnten, mit seinen Leistungen auf einer ziemlich hohen Stufe, wovon auch die diesmal gebotenen Vorträge, zumeist deutsche Volkslieder, bestes Zeugnis ablegten. Auch die Vorträge eines Doppelquartetts seien hier lobend erwähnt. Für die humoristische Unterhaltung sorgten eine Solofrau und zwei drahtische Hüpfle in ausreichendem Maße und zur allgemeinen Zufriedenheit der Zuhörer. Zum Schluß folgte dann das übliche Längchen.

○ Der Verein ehemal. 42er zu Merseburg hielt am Sonntag Abend im „Café-Club“ ein gutbesuchtes Vergnügen ab; Gäste und Mitglieder hatten sich so zahlreich eingefunden, daß sie der große Saal kaum zu fassen vermochte. Das Programm bot neben mehreren Musikstücken ein von Mitgliedern des dramatischen Vereins „Gutterpe“ aufgeführtes Theaterstück „Frauentampf“,

sowie den unvermeidlichen Ball, der jung und alt bis lange nach Mitternacht an die gastlichen Räume fesselte.

** Die humoristische Veranstaltung der Leipziger Seidel-Sänger hatte den großen Saal der „Kaiser-Wilhelms-Halle“ bis auf den letzten Nagel gefüllt. In den Herren Marcellus, Barra, Oberius und Lemke präsentierten sich dem Publikum ein vorzügliches Quartett. Herr Oberius erwies sich als hervorragender Mimikünstler, Herr Lemke als vorzüglicher Bassänger, während Herr Marcellus in der kostümigsten Don José aus der Oper „Carmen“ sich als ausgezeichneten Tenoristen vorstellte. Im weiteren Verlauf des Abends lernten wir den hier bereits rühmlich bekannten Herrn Seidel und als neue Kraft Herrn Römer als vorzügliche Humoristen kennen. Besonderer Beifall fand Herr Barra in seinem musikalischen Akt „Imitationen auf der englischen Konzertina“, in den er sich als ausgezeichneter Musiker zeigte. Im übrigen trugen die beiden Gesamtspiele „Der Blaustumpf“ und „Ein Husarenkrieg“ dazu bei, das Publikum in ihrem Lachen zu erhalten. Reicher Beifall wurde der weiteren Sängerschaft nach jedem Vortrag zu teil.

Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

X. Sperrgaul, 6. Okt. Die Kartoffeln liefern stellenweise sehr schöne Erträge. So zeigte uns in der hiesigen Flur ein Kandidat vom Stolz eine weiße Kartoffel, deren Gewicht sich auf 2 1/2 Pfund belief. Anscheinend sind die Kartoffeln nach der letzten Regenperiode noch bedeutend gewachsen. Der Ertrag an Kartoffeln und Rüben wird sich somit der Betreuerern in unserer Gegend nützlich anreihen.

s. Duerfur, 8. Okt. Die hiesige Apotheke ist an einen Herrn Ziss, Apotheker aus Leipzig, verkauft worden. Als Preis wird ein Betrag von 25 000 Mk. genannt. Die Übernahme soll bereits am 1. November stattfinden.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 100 Jahren, am 9. Oktober 1806, erließen die kaiserliche Kriegserklärung Friedrich Wilhelm III. von Preußen an Napoleon. Diese Kriegserklärung kam viel zu spät und hätte bereits erfolgen müssen, als sich die Franzosen die ersten Uebergänge in preussischen Gebiete erlaubten. Sofort mit der Kriegserklärung begann auch der Krieg, bei dem Napoleon und die Franzosen insofern im Vorteil waren, als sie schon längst auf die kommenden Ereignisse vorbereitet für diese gerüstet waren. Dagegen war auf preussischer Seite nach der verhängnisvollen Zäuberpolitik ein großer militärischer Dünkel vorhanden, der noch von den Vorbeeren des großen Friedrich zehrte; um so größer war nachher die Enttäuschung und der Zusammenbruch.

Wetterwarte.

Voraussetzliches Wetter am 9. Okt.: Wechselnd bewölkt, kühleres Wetter, im Norden Regenschauer, im Süden stellenweise etwas Regen. — 10. Okt.: Vorwiegend trockenes, teils heiteres, teils wolfiges, früh kühleres, am Tage ziemlich mildes Wetter.

Vermischtes.

* (Schwere Eisenbahnzusammenstöße bezw. Entgleisungen) haben sich in den letzten Tagen ereignet. Folgende Meldungen liegen hierzu vor: Köln, 7. Okt. Nach amtlicher Meldung hier gestern Abend gegen 7 Uhr auf dem Bahnh. West. der Güterzug 3217 teilweise lastiger Weichenstellung auf eine Weiche. Die Lokomotive, der Packwagen und vier Güterwagen entgleisten und wurden zum Teil zertrümmert. Ein Bremser war sofort tot, ein anderer wurde leicht. Der Materialschaden ist erheblich. Die Strecke Köln-Koblenz war bis 9 Uhr 40 Minuten nach beiden Richtungen gesperrt. Von dieser Zeit ab erfolgte einseitiger Betrieb. Die Wagnungsschaden waren fort.

— Jülich, 7. Okt. Der Nachzug Berlin-Mailand ist bei Otten mit einem Güterwagen zusammengestoßen. Der Fahrer blieb tot, die Passagiere kamen mit dem Schrecken davon. Nach 1 1/2 stündiger Verhütung konnte der Zug weiterfahren. — Paris, 7. Okt. Ein aus Nancy kommender Personenzug stieß auf dem Bahnhof von Wittenberg mit einem anderen Zug zusammen. Sechs Personen wurden verletzt, mehrere Wagen zertrümmert. — Rom, 7. Okt. Der Expresszug, der gestern Abend 8 Uhr 40 Min. von Mailand über Parma nach Rom abging, entgleiste in der Nähe der Boridre bei Biacenza. Fünf Personen wurden getötet, fünfzig erlitten Verletzungen, die zum größten Teil leichter Art sind. Von Biacenza aus wurde sofort Hilfeleistung ins Werk gesetzt.

* (Steinem Brande) aus mit ihrem Geliebten.) dem Arbeiter Marquardt, wurde die 16jährige Babette Viehlhaupt in Gaderngheim in Hessen von ihrem Vater überführt. Der Vater, der das Verlobnis nicht billigte, ließ seiner Tochter nach kurzem Vorwöcheln sein Taschmesser in die Brust, so daß das Mädchen in hoffnungslos Zustand dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Der Tod wurde in Zeit genommen, wird aber zunächst zur Beobachtung jenes Gefesseltandes einer Trennung überwiegen werden, da er infolge harten Alkoholgenusses als unzurechnungsfähig gilt.

* (Meuterei auf einem deutschen Schiffe.) Auf dem Handelsdampfer „Solgenfels“ wurden Sonntag vormittag im Ganzen 11 Personen einwandrecht indische Heizer wegen Meuterei verhaftet. Die „Schiffliche Jg.“ meldet aus Königslytle: Freitag früh wurden auf der Ost-Indien-Grube beim Schiffebau fünf Vergleute durch Zusammenbruch von Rohlenmassen verschüttet. Zwei der Verunglückten wurden früher verletzt zutage gefördert, die übrigen drei waren trotz unangestellter Rettungsarbeiten bis Abends 6 Uhr noch nicht geborgen. Eine spätere Meldung

besagt, daß von den übrigen verschütteten Vergleuten einer gestern Abend und einer in der vergangenen Nacht tot nach oben befördert und der letzte schwer verletzt geborgen worden sei.

* (Der Sieg im Wanderbilli-Automobilrennen.) Das am letzten Sonntag auf Long Island vor den Toren New-York im dem Wanderbilli-Balal gefahren wurde, fiel Wagner, einem Vertreter Frankreichs, vor dem Darracq-Wagen steuerte. Von den Deutschen, deren Chancen von Anfang an sehr gering eingeschätzt wurden, gelang es Fenapp, den fünften Platz zu belegen. Weiter wurde der Italiener Lanca mit einem Fiat-Wagen, der als Favorit galt. Beim Rennen wurden zwei Personen getötet und zehn andere verletzt. Über 300 000 Personen hatten sich auf dem Long Island eingefunden, um dem Austrage der großen Konturrenze beizuwohnen. Die vorerwähnten Unfälle werden darauf zurückgeführt, daß die nach Hunderttausenden zählende Menge, die die Rundbahn besaß, nicht die geringste Ordnung einhielt.

(Ein Zusammenstoß des D-Zuges Kiel-Bale) mit einem Brauerwagen ereignete sich am Freitag auf der Station Einfeld. Die Zugmaschine wurde beschädigt, der Kraftwagen, der mit 100 Zentner Bier beladen war, explodierte und verbrannte. Der Maschinenführer, Heizer und Motorführer wurden verletzt.

(Von Dade geküßt) hat sich am Sonntag vormittag die 38 Jahre alte Frau eines Wobesolers in K. in der Krautstraße in Berlin. Die Vermisste war früher neben lebend. Der Sturz hatte ihren Tod zur Folge.

(Von einem Automobil überfahren) wurde am Freitag Abend in Berlin der Arbeiter Bräsele aus der Altkönigsstr., der am Vorjag-Teater angestellt ist. Bei dem Helmgang von Theater wurde er von dem Kraftwagen umgerissen, dessen Räder ihm über beide Füße hinweggingen. Schwerverletzt wurde er in das Krankenhaus eingeliefert.

(Von Streikenden ermordet.) Jüngerer Starkfischer der Redengrube in Sösbomms wurde von Streikenden durch drei Revolverkugeln getötet. Der Streik auf der Redengrube dauert schon vier Monate.

(Zu schweren Ausschreitungen.) bei denen die Polizei mit dem Säbel die Ruhe wiederherstellen mußte, kam es in der frühen Morgenstunden des Sonntags in der Lohrberger Straße in Berlin vor einem Schanzenlokal. Dort hatten die Arbeiter Otto und Michael B. bis in späte Nacht gegessen, bis sie zahlen sollten, kamen sie wegen der Höhe der Rechnung mit dem Wirt in Streit. Die übrigen Gäste nahmen für den Wirt Partei und beide Arbeiter wurden an die Luft gesetzt. Auf der Straße wurde der Streit mit Messern ausgefochten. Zuerst verletzte ein Schumpmann, die Arbeiter mit gegogenen Säbel aus der Menge ihrer Angreifer herauszuführen. Das war aber nicht so leicht. Die Arbeiter wurden ganz unmerklich mit stumpfen Gegenständen und Schlagringen umgürtet. Erst als zwei weitere Beamte zu Hilfe eilten, wurden die Mitterde juridgedrängt. Die Mehrzahl von ihnen wurde festgesetzt. Die verletzten Arbeiter wurden nach einer Klinik gebracht.

(Neue Aufzüge Bepfänds.) Graf Jepsell hat für seinen neuen „Leibniz“ Ballon in Gmünd nehmen lassen, der nach ähnlichen Prinzipien wie das letzte am Bodensee verunglückte Fahrzeug erbaut wurde. Bei günstiger Witterung denkt der Aeronaut bereits in den nächsten Tagen mit den Studienfahrten zu beginnen.

(Doppelblutvergiftung.) Ein geistiger Ummachung erkrankten sich Sonntag früh in Gersdorf eine Frau und ihre 25jährige Tochter im Brunnensaal. Um 4 Uhr früh verließen sie ihre Wohnung, nachdem sie die Wärterin nach Hause geschickt hatten, und gingen dann mit Sellen zusammengebunden, ins Wasser.

(Beschlagnahme Viehwald-Polikanten.) Man schreibt uns: Bekanntlich hat die Sozialdemokratie einen schlagartigen Handel mit Polikanten inszeniert, die den Handel des Arbeiter-Viehwald tragen, dem bei den Straßenkranken in Berlin bekanntlich eine Hand abgehauen wurde. Einige dieser Polikanten trugen dazu noch aufsehende Zerschriften. Im Auftrag des preussischen Ministers des Innern sind diese in den öffentlichen Verkehr gebrachten Polikanten jetzt beschlagnahmt worden.

(Ein im Gefängnis hängen getötet) wurde in der Nacht zum Sonntag ein Verbrecher in der kleinen Jägerstraße 3 in Berlin. „Geldstrafenmörder“ hatten es hier auf die Mitternacht von Adolf L. Cohn abgesehen. Nachdem sie die Haustür mit einem Nachschlüssel geöffnet und das elektrische Ausrückwerk des Gefängnislokal durchdrungen hatten, verhafteten sie nun zunächst, den Schranke aufzubrechen. Zwei Arbeiter aber mußten dann nicht weit genug gehen. Ein Arbeiter griff sie zu einem Sprengstoff ansehend an. Mit diesem füllten sie die durch die Schließfächer den Schloßfächer des Gefängnis, nachdem sie vorher eine Fälschung hineingelegt hatten. Die Fälschung hat ihnen augenblicklich zu lange gedauert. Deshalb trieb einer der Einbrecher vor den Schranke, um nachzugehen. Zu diesem Augenblick entzündete sich der Sprengstoff, die Tür stieg auf und schlug dem Verbrecher, der am Kopf auch noch erheblich verwundet wurde, den Schädel ein, jedoch er tot hinüberfiel. Die Helfershelfer, die er ohne Zweifel gehabt hat, ließen den Verunglückten liegen wie er lag, und ergiffen die Flucht. Von der Explosion war nichts gehört worden. Erst am Morgen, als die Angestellten des Gefängnis zum Dienst kamen, entdeckte man das Verunglückte. Mit Hilfe der Pathologie und der Kriminaluntersucher wurde der Einbrecher bald erkannt als ein 26 Jahre alter Pöbelhändler Otto Frensch aus Rathenow, der wegen Einbruchs, Zuhälterei und Gewalttätigkeit schon mehrmals bestraft ist. Von seinen Helfershelfern ist noch jede Spur.

(Mord in Berlin.) Sonntagnacht gegen 2 Uhr wurde der Fischer Rudolf Koch aus der Reppertstraße zu Niederschönhausen nahe der Schönholzer Heide durch ein Revolvergeschloß getötet. Unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft ist der Baumwäcker Strigle aus Niederschönhausen verhaftet worden.

Neueste Nachrichten.

Dortmund, 8. Okt. Viele gestern im Ruhrgebiet abgehaltene Bergarbeiterverfammlungen beschloßen nach teilweise stürmischen Erörterungen den Eintritt in die Lohnbewegung. (Wgh. Jg.)

Goslar, 8. Okt. Der nationalliberale Parteitag in Goslar wurde gestern geschlossen. Im Streite der Jungnationalen gegen die Parteileitung kam es zu einer völligen Einigung. Es wurde eine Resolution angenommen, die als

**Deutsche Obst-, Gemüse- u. Zuckerei-Ausstellung zu
Magdeburg vom 6.-14. Oktober 1906.**

Unter höchstem Protektorat Ihrer Kaiserlichen und Königl. Hoheit der Frau Kronprinzessin Cecilie.
Feierliche Eröffnung Sonntag den 6. Oktober 11 Uhr in den Räumen und Parkanlagen des Fr. Wilhelms-
garten. — Die Ausstellung umfasst 3000 Quadratmeter unter regensicheren Zeltten und 5000 Quadratmeter für Baumgärtchen,
Obstbäume und Schilbergärten.
Besondere Ausstellung von wissenschaftlichen und technischen Hilfsmitteln, Obst- und Gemüse-Konserve, Honig und Honig-
produkten, Gartenlauben, nordischen Blockhaus.

Täglich Konzert, geöffnet bis 8 Uhr abends.
Lotterie-Ziehung am 16. Oktober.

Die Gewinne im Werte von 23 000 Mk. stehen im Gesellschaftsloale aus. — Am 15. Oktober großer Obstmarkt.
am 6. Oktober Mk. 1,55, am 7. 8. 9. Oktober Mk. 1,05,
die ferneren Tage 55 Pfg.
Der Ausstellungs-Ausdruck.

2 gutgehende Schäferhunde
sind billig zu verkaufen.
Dierkestra. Nr. 23.
Freitag am 9. Oktbr.
um 3 Uhr nachmittag
im Gasthof zum roten
Fisch mit einem gr. Transport
Läuferschweine
(Halbenzuchtige Rasse) ein und
zwei dieselben sehr preiswert
zum Verkauf.
Robert Nickel I.,
Bieghändler,
Rübigerhagen.

Ein paar Läuferchweine
verkauft Kurzestraße 10.
Ein gebrauchter, gut reparierter
Sparherd
ist preiswert zu verkaufen.
A. Wetzel, Dampfl. 10.

Elegant. Damenmantel
(Dollman) zu verkaufen Hälterstraße 5.

Gute Speisekartoffeln
verkauft und liefert frei Haus
Benemann, Bilscherstraße.

Rüffe zum essen und
Musfuchen
empfiehlt **Henschel, Heuchelsberg.**

Tanzstunden-
Büstenkarten liefert schnell und billig
Fr. Karius,
Buchbinder u. Papierhandl., Brühl 17

Altes Waschgefäß
wird repariert und abgeholt.
H. Wengler, Preußerstr. 14.

Beleihungsanträge
für eine erstklassige Hypothekentant zu 4 bis
4 1/2 Prozent je nach Bonität bis 3/4 der
Lage nimmt entgegen.
Fried. M. Kunth.

Die letzte Sendung
schwed.
Preisselbeeren
ist eingetroffen bei
Emil Wolff.

Von der Reise
zurück.
Dr. Brohmann.

**Amateur-
Photographen-
Verein.**
Heute Dienstag
Verbaumlung.

**Kräftigen
bürgerlichen Mittagstisch**
empfiehlt
Goldener Löwe.

Hubolds Restauration.
Heute
Schlachtfest.

Erfolgreiche befreigeführte deutsche
Lebensversicherungsgesellschaft
beabsichtigt ihre mit größerem Kapital verbundene
Hauptagentur
für Merseburg und Umgegend
unter sehr günstigen Bedingungen neu zu betreiben. Intelligente, ehrenwerte Herren
beteiligen gefl. Ost. sub R 17 990 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin
W 8 zu richten.

Wegen Aufgabe des Geschäfts.

Ausverkauf

sämtlicher am Lager befindlichen Waren zu und
unter **Kostenpreis**, bestehend in

Torfkasten fein und ordinär, Tisch- u. Hängelampen,
Küchenlampen, Nachtlampen, Ampeln in grosser Auswahl,
Küchengerichte in Weissblech, Messing und Emaille,
Kochgeschirre in Gusseisen, Emaille und Weissblech,
Dokumentenkasten in Weissblech,
Barbierzeuge in Messing und Neusilber,
Wassereimer emailliert, lackiert und verzinkt,
Sturmleternen u. verschiedene and. Laternen in gross. Auswahl,
Kaffeetretter in Messing und lackiert,
Botanisiertrömmeln, lackiert,
Gieskannen blank und grün gestrichen in grosser Auswahl,
Petroleumkannen, Brodkapseln und noch viele andere ver-
schiedene lackierte Messing- und Weissblechwaren in grosser
Auswahl.

Aug. Thomas, Klempnermstr.,
Oelgrube 18/19.
Der Laden und Werkstatt ist zu vermieten.

Bettengeschäft von Adolf Schäfer,
Merseburg, Entenplan 1.
Anfertigung von Federbetten.

Leutebetten.		Haushalts-Betten.	
Garnitur Nr. 1.	Garnitur 3.	Garnitur 14.	Garnitur 20.
1 Unterbett Mk. 13,60	Mk. 14,95	Mk. 15,15	Mk. 18,40
1 Kissen 4,30	4,45	5,50	6,50
1 Oberbett 13,60	14,95	17,60	20,60
Mk. 31,50.	Mk. 34,35.	Mk. 38,25.	Mk. 45,50.

Herrschafts-Betten.

Garnitur Nr. 31.	Garnitur Nr. 36.	Garnitur Nr. 39.	Garnitur Nr. 48.
1 Unterbett Mk. 23,—	Mk. 24,25	Mk. 30,30	Mk. 31,45.
1 Kissen 6,75	8,50	8,70	10,70.
1 Oberbett 24,80	27,40	30,70	35,20.
Mk. 54,55.	Mk. 60,15.	Mk. 69,70.	Mk. 77,35.

Bettfedern und Daunnen Fertige Bettinletts
in soliden preiswerten Qualitäten.

Winteräpfel

spät geerntete Gartenerträge, daher sehr haltbar, empfiehlt in nur
guten Sorten zu äusserst billigen Preisen

Rich. Schumann, Fruchthandlung,
engros und endetail.
Dom 1 u. kleine Ritterstraße 13.

Zahnatelier
von
Frau Emilie Albert,
kleine Ritterstraße 3 I bei Herrn Kaufmann Herrfurth.
Sprechstunden von 11-6 Uhr.

Kaiser-Wilhelms-Halle.
Welt-Panorama.
Wanderung durch die bayrischen
Alpen.
Besteigung des **Watzmanns.**

Preussischer Adler.
Mittwoch Schlachtfest.

Zur guten Quelle.
Dienstag Schlachtfest.

Schlachtfest.
Dienstag
Böttcher, Sand 18.

Unterricht im Englischen
gelehrt. Offerten unter **KAT** an die
Expedit. d. Bl. erbeten.

3 Morgen Zuderrüben
zum ausmachen im Afford zu vergeben.
Näheres bei **C. Brendel.**

Junge Burschen
von 16 bis 18 Jahren bei hohem Lohn gesucht
Königsmühle Merseburg.
Suche zu sofort oder 15. d. M. einen
tüchtig. zuverlässigen Knecht
bei hohem Lohn.
Ad. Becherer, Kaserer Spergau.

Kräftiger Hausbursche
sollt gesucht.
Otto Gottschalk.

**Einem Arbeitsburschen
oder Arbeiter**
stellt ein
Hermann May,
Waldemietzer.

Arbeiter
für ständige Arbeit an Färbmaschinen, sowie
jugendliche Arbeiter
gelehrt.
Merseburger Buntpapierfabrik.

**Landwirtschaftl.
Arbeiter,**
der auch mit Pferden umzugehen versteht,
nehme sofort an.
Eduard Klaus.

Geübte Einlegerin
für Tiegeldruckerei wird noch eingestellt.
Papierwarenfabrik
R. A. Blankenburg.

**Ältere Wädgen
oder unabhängige Frauen**
für Fabrikarbeit gesucht.
R. A. Blankenburg.

Ausländische junge Wädgen können die
feine Damenschneiderei
erlern bei
Geschw. Schröder, Palmbaum, 1. Etg.

Ein junges Dienstmädchen
wird zum sofortigen Antritt gesucht
Markt 25 II.

Gelehrt werden für gute Stellen
erfahrene Wirtschaftlerinnen, Wäsche für Mittelgut,
Wädgen für einzelne bessere Herrschaft nach
Voll, 2 Stubenmädchen, Haus- u. Küchen-
mädchen sowie Kindermädchen bei hohem Lohn.
Frau Henriette Langenheim,
Stellvermittler, Schmalstr. 21.

Suche sofort oder 15. Okt. ein ordentliches
Dienstmädchen oder Aufwartung.
Weikentelstraße 3, part.

Eine unabhängige Frau oder älteres
Mädchen wird als
Aufwartung
für den ganzen Tag sofort gesucht
Unteraltendamm 59.

Unabhängige Frau oder Mädchen als
Aufwartung
für den ganzen Tag sofort gesucht.
Schumann, Dom 1, Laden.

Auf dem Wege vom „Schützenhaus“ bis
zum Dom ein goldener Klemmer verkaufen.
Es wird gebeten, denselben gegen Belohnung
Weikentelstr. 18, part. links, abzugeben.
Der heutigen Nummer liegt ein
Prospekt der Sonntags-Beilage **Bauer &
Cie. Berlin SW. 45.** bei.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich: Bei Abholung von den Ausgabestellen 1 Mk., monatlich 30 Pf.; durch die Postträger und die Post bezogen 1,20 Mk. durch den Postträger ins Haus 1,40 Mk. Postnummer 5 97.
Erscheint wöchentlich 6 mal wöchentlich 6 bis 8 Uhr, mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- u. Feiertagen; in den Ausgabestellen am Tage vorher abends 8 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
8 seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.
2 seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 8 Pf., für die zweite 10 Pf., überhals 15 Pf. Kleine Anzeigen 20 Pf. Reflektoren pro Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden von unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Annahmestellen entgegengenommen.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
— Die unvollständigen Entsendungen wird keine Gewähr übernommen. —

Nr. 236.

Dienstag den 9. Oktober 1906.

33. Jahrg.

Kaiser und Kanzler.

Die hochinteressanten Aufzeichnungen des dritten Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe aus den Tagen der Entlassung des Alt-Reichskanzlers können dem schon aus anderen Quellen gewonnenen Eindruck nur noch verhärtet, das Fürst Bismarck in den beiden letzten Regierungen seiner Reichskanzlerschaft nicht sein Amt hinaus gewachsen war, daß er der eigentliche Herrscher sein wollte, der allein Ziele und Richtung der deutschen Reichspolitik bestimmte. In den letzten Regierungsjahren Wilhelm I. war jedenfalls von einem maßgebenden Einfluß des Herrschers nicht mehr die Rede gewesen; es hätte sich in dynastischer Beziehung ein Zustand herausgebildet, der bezeichnend an Schattensystem erinnert. Während der Lebenszeit Kaiser Friedrichs III. war natürlich von einer durchgreifenden Aenderung dieses für die Monarchie unerträglichen Zustandes nicht zu denken gewesen; die gegen den Willen Bismarcks erfolgte Entlassung Puttkamers zeigt aber deutlich genug, daß Kaiser Friedrich, wenn ihm die Gesundheit und ein längeres Leben beschieden gewesen wäre, die Trennung von Bismarck wahrscheinlich noch schneller vollzogen hätte.

Aus den Erinnerungen des Fürsten Hohenlohe gewinnt man den Eindruck, daß sein Sohn Wilhelm II., dessen hohe Auffassung von dem Beruf eines Herrschers schon vom Beginn seines Regierungsantritts häufig genug in die Erscheinung getreten war, Bismarck gegenüber doch ein ungewöhnlich hohes Maß von Eigengefallen und gebührender Nachsicht bezeugt hat. Ob es richtig ist, daß Bismarck hinter dem Rücken des Kaisers gegen den Dreibund intriguiert und ein Bündnis mit Russland angestrebt hat, mag dahingestellt bleiben; schon die Tatsache, daß der Kanzler es überhaupt wagen konnte, eine persönliche Politik im Gegensatz zu der offiziell vertretenen zu verfolgen, fernzudenken am besten die durch die letzten Regierungsjahre Wilhelm I. eingetretene Machtverschiebung zwischen Kaiser und Kanzler. Unter diesen Umständen war ein Konflikt zwischen dem jungen selbstbewußten Herrscher und dem nach dem Hausmarierum strebenden Kanzler unvermeidlich und Wilhelm II. hat die Situation wohl richtig gezeichnet, wenn er sagt, es habe sich zuletzt darum gehandelt, „ob die Dynastie Hohenollern oder die Dynastie Bismarck regieren solle.“

Mit ganz besonders schmerzlichen Gefühlen werden aber unsere geachteten „Royalisten“ die Denkwürdigkeiten des Fürsten Eitelberg zu Hohenlohe-Schillingensfeld lesen. Das Bild des „bis auf die Knochen monarchischen und königstreuen“ ersten Reichskanzlers wird durch diese Mitteilungen doch sehr empfindlich getrübt. Jedenfalls muß es ein ganz besonderer Royalismus sein, der die in den Parlamenten bei wiederholten Gelegenheiten geschildert zur Schau getragene hohe Verehrung von dem Beruf des Herrschers in einer privaten Auseinandersetzung mit dem Kaiser in der Weise betätigt, daß der Monarch befürchtet muß, von dem ersten Diener der Krone ein Tintenfaß an den Kopf geschleudert zu erhalten.

Zur braunschweigischen Frage.

In den amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen“ wird jetzt der ganze Briefwechsel zwischen dem Ministerium und dem Reichskanzler sowie dem Herzog von Cumberland aus Anlaß der vom Landtag beschlossenen Resolution veröffentlicht.

In dem Schreiben des Ministeriums vom 25. September wird zunächst eine Darstellung der seit dem Tode des Regenten geschehenen bekannten amtlichen Schritte und darunter auch die Resolution des Landtages angeführt. Dann sagt das Ministerium weiter: „Wir können nicht umhin, auch unersetzlich anzuerkennen, daß die provisorische Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum schon jetzt nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die öffent-

lichen politischen Verhältnisse des Landes, namentlich auf die Parteibildungen in demselben gewesen sind. Wir können ferner die Befürchtung nicht abweisen, daß jener nachteilige Einfluß zum Schaden des Landes und insbesondere auch einer neuen Regenshaft sich verschärfen und erweitern würde, wenn jetzt ohne weiteres der Regenschaftsrat und die Landesversammlung die Wahl eines neuen Regenten bewirkten, ohne zuvor abzuwarten, was ihnen nach der Landesversammlung und der Stellung des Herzogtums in und zum Reiche möglich, getan zu haben, um zu bewirken, daß auf dem Wege, den die Resolution, wie oben ausgeführt, im Auge hat, an die Stelle des Provisoriums eine definitive, d. h. die Uebernahme der Regierung seitens des zur Thronfolge im Herzogtum nach der in der Landesversammlung beurkundeten Thronfolge-Ordnung berufenen Agnaten gesetzt werde. Die herzogliche Landesregierung ist nicht darüber im Zweifel, und dies kommt auch in der Resolution der Landesversammlung zum Ausdruck, daß auf jenem Wege die endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtum ausgeführt sein würde, wenn die Tatsachen, welche den Bundesrat zu dem Beschluß vom 2. Juli 1885 bestimmt haben, die Ueberzeugung der Verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, noch jetzt unverändert fortbestehen und wenn deren Befestigung zurzeit unüberwindliche Hindernisse sich entgegenstellen. In der Öffentlichkeit ist stets und bis in die neueste Zeit behauptet worden, daß jene Verbältnisse unverändert fortbeständen, das insbesondere der Herzog von Cumberland die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile des Bundesstaates Preußen nicht ausdrücklich und zweifellos aufgegeben habe.“ Das Schreiben geht dann näher auf den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 ein, und bittet um Erklärung, ob die dem Beschluß zu Grunde liegenden Tatsachen auch gegenwärtig fortbestehen und fährt dann fort: „Wenn dies der Fall, so erlauben wir uns ferner, der Lage des Herzogtums Rechnung tragend zu Gn. Durchlaucht geeigneten Ermüdung zu stellen, ob sich den Organen des Reiches Mittel und Wege bieten würden, auf die Ausgleichung der Gegensätze, welche zwischen der Krone Preußens und dem Herzoge von Cumberland bestehen, hinzuwirken. Daran knüpfen wir endlich die ganz ergebene Bitte, die Verwertung der sich etwa bietenden Mittel in der bezeichneten Richtung herbeizuführen und von dem Ergebnis uns gütigst Kenntnis zu geben.“

Weiter wird in dem Schreiben gesagt, der Bundesrat werde ohnehin schon indirekt Anlaß zur Stellungnahme bekommen, wenn es sich um die demnächstige Prüfung der Legitimation der Braunschweigischen Bundesratsbevollmächtigten handelt. Da ferner die Behinderung des Herzogs von Cumberland in dessen Verhältnis zum Bundesstaat Preußen ihren Grund habe, mithin die Entschlüsse der preussischen Staatsregierung in Betracht kämen, so habe das Ministerium die Resolution mit Abschrift dieses Schreibens auch dem preussischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit einem Begleitschreiben übermittelt.

Hierauf folgt ein Schreiben an das preussische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, das ein Begleitschreiben zu der dem Ministerium überreichten Abschrift des Schreibens an den Reichskanzler ist. Es folgen ein Schreiben des Ministeriums an den Herzog von Cumberland vom 25. September und dessen Antwort vom 27. September. Das erste von diesen beiden letztgenannten Dokumenten ist ein formelles Begleitschreiben zu der überfandten Resolution des Landtages. Das zweite, von dem Kammerherrn v. Benf, dem Verwaltungschef des Herzogs von Cumberland, verfaßt, bekräftigt den Empfang des Schreibens des

Ministeriums und die beigefügte Resolution des Landtages und teilt mit, daß der Herzog dieselben zur Kenntnis genommen hat.
Hierauf schließen sich dann die in der Sonntagsnummer veröffentlichten Antwortschreiben des Fürsten Bismarck als Reichskanzler und als preussischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Der Schriftwechsel soll dem Landtage bei seinem für den 18. d. M. in Aussicht genommenen Zusammentritt vorgelegt werden.

Nach einer Zeitungsnotiz soll der Regenschaftsrat des Herzogtums am Donnerstag sofort nach dem Eintreffen der Antwort des Reichskanzlers zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten sein und beschlossen haben, den Landtag sofort einzuberufen und ihm die Wahl des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des jüngsten Sohnes des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, vorzuschlagen. Wir geben diese Meldung nur der Vollständigkeit halber wieder, ohne für ihre Richtigkeit eine Gewähr zu übernehmen.

„xrite colorchecker CLASSIC“ vom Minister für die Bevollmächtigten v. Otto bei der zu n. d. r zu ver- Geheim- bekannt diesem freierender herot 18. Sep. Offizien der Pariser tag zuerst in Finanz- Die fran- so dumm mit davon konnten, sie jenes des lasen, Wichtig- nicht wird, die Bedeutung des fotografischen Berichtes anzuschwächen, geben wir nochmals den wichtigsten Teil des Erpöses, wie folgt, wieder:
„Nur eine Möglichkeit gibt es, auf welche mit Freimuth hinzuweisen meine Pflicht ist: das ist Einhalt zu gebieten der steigenden Flut der neuen Ausgaben und verschiedene Departements innerhalb der Grenzen der Budgetrechte zu halten. Deshalb scheint es mir unerlässlich, Sr. Majestät die vorstehenden Erwägungen zu unterbreiten und zu bitten, Sr. Majestät möge gütigst alle Ausgaben, mit Ausnahme der Entschädigung für Japan und der unvermeidlichen Unterstützungsfonds, einer neuen Prüfung unterziehen und möge zustimmen, daß alle Refforts, insbesondere die Kriegsverwaltung auf jene Kreditforderungen verzichten, welche einen Aufschub ertragen, oder daß sie in eine Reduktion oder selbst in die Annullierung derselben willigen. Wenn dies nicht geschieht, sehe ich mich außerstande, den geltend gemachten Anforderungen zu genügen. Ueberdies muß ich meine Unfähigkeit gestehen, ein Finanzsystem mir anzuweisen, welches Kredite für neue Ausgaben eröffnet, ohne daß denselben irgend welche Einnahmequellen gegenüberstehen. Die Erfahrungen des letzten Jahres verurteilen dieses System. Am Ende des letzten Jahres hat der Staatschatz Kredite ohne Kontrepartie eröffnet und hat manchmal sogar auf später die Ausgaben repor-

